

Potsdam: Im Schatten der Hauptstadt? Traditionen, Brüche und Konflikte

Burghard Ciesla

Am Morgen des 17. Juni 1953 lag in Potsdam buchstäblich etwas in der Luft. Die Motorengeräusche und Abgaswolken der vorbeifahrenden sowjetischen Militärkolonnen sprachen für sich. Schon in der Nacht waren LKW und Panzer durch Potsdam in Richtung Ost-Berlin gerollt und am 17. Juni ging es den ganzen Tag weiter.¹ Die Bevölkerung war angesichts der feldmarschmäßig ausgerüsteten Truppen beunruhigt und eingeschüchtert. Wer in der Nähe der Straßen wohnte, durch die sich die Kolonnen bewegten, hatte meist eine schlaflose Nacht hinter sich, da durch die vorbeifahrenden schweren Panzer und Fahrzeuge die umliegenden Gebäude erbeben und die Fensterscheiben klirrten. In der Bevölkerung befürchtete man das Schlimmste. Wochen später wurde hierzu in einer Analyse der SED-Stadtbezirksleitung von Potsdam-Babelsberg vermerkt: »Man darf aber nicht vergessen, dass die Tatsache, dass einen Tag und eine Nacht hintereinander sowjetische Panzer durch Babelsberg rollten, auf manche zumindest sehr ernüchternd wirkte.«²

Während es in Ost-Berlin und vielen anderen Orten am 17. Juni 1953 Streiks, Demonstrationen und Unruhen gab, kam es in der 115.000 Einwohner zählenden Bezirksstadt Potsdam nur in Ansätzen zu solchen Aktionen. Zwar wurde zeitweilig die Arbeit niedergelegt und es bahnten sich Streiks an, aber insgesamt blieb es in Potsdam weitgehend ruhig. Diese »Ruhe« resultierte nicht nur aus der starken sowjetischen Präsenz. Eine Rolle spielte zudem die Nähe Berlins: Die »Hauptstadt« wirkte wie ein Magnet: Nicht nur die sowjetischen Truppen und die KVP bewegten sich in Richtung Ost-Berlin, sondern auch Teile der Bevölkerung. Ähnlich wie die Arbeiter aus Hennigsdorf und Velten, die zu Tausenden am 17. Juni 1953 durch den französischen Sektor nach Berlin-Mitte marschierten, wurde auch in der Potsdamer Arbeiterschaft die Forderung laut, nach Ost-Berlin zu gehen, um die Bauarbeiter der Stalinallee zu unterstützen. Doch es

Demonstrationszug der Henningsdorfer Stahlwerker. Auf ihrem Marsch nach Ost-Berlin durchqueren sie den West-Berliner Arbeiterbezirk Wedding.

blieb letztlich nur bei der Forderung, da der Schwerpunktbetrieb der Stadt – das »Karl-Marx-Werk«, die große Lokomotivfabrik – unter besonderer Beobachtung der SED, der Staatssicherheit und der sowjetischen Besatzungsmacht stand. Schnell war durchgesickert, dass sich alle anderen Betriebe der Stadt am »Karl-Marx-Werk« orientierten und ihre Aktionen von den dort getroffenen Entscheidungen abhängig machen wollten.

Der 17. Juni 1953 im Bezirk und in der Stadt Potsdam³

Für das Verständnis der Vorgänge im Bezirk Potsdam ist es nützlich, sich die Raumstruktur des Verwaltungsgebietes zu vergegenwärtigen: Der Bezirk war durch eine regionale Dreiteilung gekennzeichnet. Zum Kernbereich des Bezirkes gehörten die Berliner Randkreise Oranienburg, Nauen, Potsdam-Land und Potsdam-Stadt, Zossen und Königs Wusterhausen. Diese

fünf Landkreise und der Potsdamer Stadtkreis unterhielten direkte Stadt-Umland-Beziehungen zu Berlin. Davon grenzten jedoch lediglich die Kreise Oranienburg und Königs Wusterhausen an den Ostteil der Stadt. Damit lagen die bedeutendsten Industriestandorte des Bezirks – Wildau bei Königs Wusterhausen, Teltow, Ludwigsfelde, Potsdam, Falkensee, Hennigsdorf und Oranienburg – in unmittelbarer Nachbarschaft zur geteilten Stadt. Nach Westen hin wurde diese Region durch das kleinere Industriegebiet Brandenburg-Premnitz-Rathenow fortgesetzt. Im Norden des Bezirkes, d.h. in den Landkreisen Pritzwalk, Kyritz, Wittstock, Neuruppin und Gransee, dominierten agrarische Strukturen. Auch Teile der Kreise Königs Wusterhausen, Zossen, Luckenwalde, Jüterbog und Belzig im Süden des Bezirkes waren von der Landwirtschaft geprägt.

Brennpunkte des Aufstandes stellten die Industriestandorte des Bezirks dar, d.h. vor allem Oranienburg, Rathenow, Brandenburg/Havel, Teltow, Königs Wusterhausen und Hennigsdorf. In den fünf fast ausschließlich landwirtschaftlichen Kreisen Jüterbog, Kyritz, Wittstock, Pritzwalk und Neuruppin gab es demgegenüber keine vergleichbaren Entwicklungen wie in den Industriestädten des Bezirkes. Doch Unruhen und Proteste waren auch auf dem Lande wie beispielsweise in Zossen oder dort zu verzeichnen, wo sich Baustellen der Bau-Union befanden wie etwa in Niemege im Kreis Belzig.⁴

Hervorzuheben sind neben den schon erwähnten Vorgängen in Hennigsdorf sowie den Protesten in Rathenow, mit einem Toten, die Ereignisse in Brandenburg/Havel, die eine ähnliche Intensität erlangten wie die Proteste und Demonstrationen in Ost-Berlin, Görlitz, Halle, Leipzig oder Jena. Hier gab es am 17. Juni 1953 massive Auseinandersetzungen. Es waren vor allem die Arbeiter des Stahl- und Walzwerkes, die in der Innenstadt demonstrierten und skandierten: »Acht Jahre erdulden wir eure Qualen, jetzt fordern wir freie Wahlen!« Weitere Betriebe der Stadt folgten und gegen Mittag des 17. Juni 1953 war ganz Brandenburg/Havel buchstäblich auf den Beinen. Geschätzt wurden später etwa 10.000 Menschen, die nach dem Sturm der SED- und FDJ-Kreisleitung auch das Amtsgericht der Stadt belagerten: Polizisten wurden entwaffnet, Akten vernichtet und Funktionäre auf offener Straße verprügelt. Schließlich strömten die Massen zum alten Zuchthaus mit dem Volkspolizeikreisamt. Dort fielen auch Schüsse, und gegen 15.00 Uhr hatten die Demonstranten das erste Stockwerk des Zuchthauses besetzt. Doch dann liefen auch in Brandenburg/Havel die Ereignisse nach dem bekannten Muster des 17. Juni 1953 ab: Sowjetisches Militär rückte vor, der Ausnahmezustand wurde verhängt und man trieb die demonstrierenden Gruppen auseinander. In der Folgezeit wurde vor

*Fahrgäste an der West-Berliner Bushaltestelle »Brücke der Einheit«
(Glienicke Brücke) am 17. Juni 1953*

allem die Brandenburger Volkspolizei von der SED massiv kritisiert, dass sie zu wenig unternommen habe, um den Massenaufbruch in der Stadt zu stoppen. Volkspolizisten, die sich auf beschwichtigende Diskussionen mit den Arbeitern einließen oder sich gar im Keller des Polizeigebäudes versteckt gehalten hatten, wurden gemäßregelt, mindestens degradiert, zum Teil aus dem Polizeidienst entlassen.⁵

Noch in der Nacht vom 16. zum 17. Juni 1953 wurden mehr als 200 Mann der Kasernierten Volkspolizei Potsdam zur Verstärkung nach Ost-Berlin geschickt. Um 2.30 Uhr löste die Bezirksbehörde der Volkspolizei für den gesamten Bezirk Potsdam die Alarmstufe II (»Hummel«) aus und drei Stunden später erfolgte die Umwandlung in die nächst höhere Stufe III (»Hornisse«). In der Bezirksstadt blieb es bis dahin ruhig, sieht man von den immer wieder durch Potsdam fahrenden sowjetischen Militärkolonnen ab. Erst gegen 11.15 Uhr kam es auf dem Bahnhof Potsdam-Stadt nach der Einstellung des S-Bahnverkehrs von und nach Berlin zu größeren Menschenansammlungen. Viele Fahrgäste beschlossen, sich zur

etwa 3,5 Kilometer entfernten »Brücke der Einheit« (Glienicke Brücke) zu begeben, der direkten Straßenverbindung über die Havel nach (West-) Berlin, um mit den von dort abfahrenden Bussen des West-Berliner Nahverkehrs in die Stadt zu gelangen.

In den Potsdamer Betrieben wurde zu diesem Zeitpunkt zum Teil noch gearbeitet, diskutiert oder über mögliche Aktionen nachgedacht. Die Potsdamer Verkehrsbetriebe schickten eine Delegation in das »Karl-Marx-Werk«, um zu erkunden, was die Kollegen dort vorhatten. Diese Delegation traf gegen 13.30 Uhr dort ein und stellte fest, dass es in der Lokomotivfabrik noch keinerlei Anzeichen für einen Streik gab. Erst mit dem Beginn der Nachmittagschicht, um 14.00 Uhr, kam es zur Arbeitsniederlegung und im Kulturhaus des Werkes fand eine außerordentliche Betriebsversammlung statt, bei der der Betriebsdirektor die Belegschaft dazu aufforderte, die Arbeit wieder aufzunehmen. Seinen Wunsch quittierten die Arbeiter mit einem Pfeifkonzert. Nach mehr als zwei Stunden gelang es dem Betriebsdirektor schließlich, die Belegschaft zu beruhigen. Der größte Teil der Nachmittagschicht des Karl-Marx-Werkes nahm die Arbeit wieder auf. Bei der Staatssicherheit wurde daraus die Schlussfolgerung gezogen, dass es ruhig bleiben würde, da sich die anderen Betriebe nach dem Karl-Marx-Werk richteten.

Gegen Mittag des 17. Juni 1953 waren aber inzwischen die Arbeiter der Baustellen der Bau-Union Potsdam in Eiche, Golm, Rehbrücke und Michendorf – jeweils 60 bis 80 Mann – in den Ausstand getreten. Zur gleichen Zeit begann man die in Potsdam befindlichen Dienststellen der SED und des Rates des Bezirks mit zusätzlichen Kräften des Betriebsschutzes und der Polizei abzusichern.

Gegen 15.00 Uhr stauten sich an der »Brücke der Einheit« die Menschen. Einerseits wollten Potsdamer und Bewohner des Berliner Umlandes auf diesem Wege nach Hause gelangen, da ja der S-Bahnverkehr lahm gelegt war, und umgekehrt wollten viele auf diesem Wege wiederum nach West- oder Ost-Berlin. In einer Meldung der Polizei wurde beunruhigt vermutet, dass diese Menschen »in das Stadtgebiet von Potsdam eindringen wollen«.

Bei der Bezirksbehörde der Volkspolizei, der Staatssicherheit und bei der SED liefen an diesem Tag die Fernschreiber buchstäblich heiß: Meldungen und Situationsberichte aus dem ganzen Bezirk trafen in dichter Folge ein. Zur Beruhigung der Lage bzw. zur Vorbeugung wurden Instrukteure in die Betriebe und auf die Straßen geschickt. Gegen 17.30 Uhr verhängte der sowjetische Stadtkommandant schließlich über Potsdam den Ausnahmezustand, der um 20.00 Uhr in Kraft trat. Dennoch versammelten sich in der

Potsdamer Innenstadt und auch in Potsdam-Babelsberg weiterhin diskutierende Menschen. Außerdem fuhr immer noch sowjetische Truppen-transporte durch das Stadtgebiet in Richtung Berlin.

Als kurz vor 22.00 Uhr die Nachricht die Runde machte, dass die Belegschaft des Karl-Marx-Werkes am nächsten Tag nach Ost-Berlin marschieren wolle, beeilten sich die Polizei, die Staatssicherheit und die SED, entsprechende Gegenmaßnahmen zu entwickeln.

Wie kam es aber dazu, dass dieses Werk eine solche Bedeutung hatte? Warum blieben Streiks und Demonstrationen weitgehend aus? Einige Antworten auf diese Fragen ergeben sich aus Kontinuitäten, Traditionslinien und Brüchen, die bis in das 19. Jahrhundert zurückzuverfolgen sind und die das Verhalten der Arbeiterschaft auch in jenen Junitagen prägten. Dies kann am Beispiel des Potsdamer »Karl-Marx-Werkes«, der ehemaligen Lokomotivfabrik »Orenstein & Koppel AG«, und der Industrie- und Standortgeschichte von Potsdam-Babelsberg aufgezeigt werden.

Potsdam-Babelsberg: Industrie, Arbeiter und ein Leitbetrieb⁶

Zu Beginn des 19. Jahrhunderts war das Gebiet zwischen Neuendorf, der Weberkolonie Nowawes und der Gemeinde Groß-Drewitz, des späteren Potsdam-Babelsberg, noch eine idyllische Natur- und Agrarlandschaft. Die Handweberei von Nowawes, das Handwerk und der Manufakturbetrieb bestimmten bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts weitgehend die gewerbliche Produktion der Gegend. Die wenigen modernen Betriebe befanden sich noch direkt in der Potsdamer Residenz- und Garnisonsstadt. Zu diesen zählten vor 1850 die Jacobsche Zuckersiederei, die Potsdamer Dampfmühle und die Eisenbahnwerkstatt Potsdam – das spätere Reichsbahnausbesserungswerk (Raw). Der industrielle Wandlungsprozess erhielt erst in den sechziger Jahren und dann vor allem nach der Reichsgründung (1871) eine neue Dynamik und Qualität. Innerhalb von nur wenigen Jahren entwickelten sich die Gemeinden Nowawes und Neuendorf vor den Toren der Stadt Potsdam zum größten Industriestandort des Kreises Teltow im Potsdamer Regierungsbezirk. Die industriell-urbane Massengesellschaft setzte mit Schornsteinen, Fabriken, Infrastrukturanlagen und Arbeiterwohnquartieren ihre unübersehbaren Zeichen in die Landschaft und bildete damit einen bizarren Gegensatz zum friderizianisch geprägten Potsdam.⁷

Eine herausragende Rolle spielte hierbei die Lokomotivfabrik »Orenstein & Koppel« – das spätere »Karl-Marx-Werk« (1948–1990). Am 1. April 1899 rollte die erste Kleinlokomotive aus der in der Nähe des Bahnhofs Drewitz

gelegenen Fabrik, die sich schnell zu einem der größten Arbeitgeber und zum Leitbetrieb der Region entwickelte. Während des Ersten Weltkriegs wuchs die Zahl ihrer Arbeiter und Angestellten aufgrund der Rüstungsproduktion auf über 2000 an. Mit der ökonomischen Bedeutung steigerte sich auch die kommunalpolitische. 1907 wurde die Gemeindeverwaltung Neuendorf Nowawes zugesprochen, das 1924 das Stadtrecht erhielt. Bis 1912 dehnte sich das Werk auf mehr als 35.000 m² Fläche aus. Nachdem anfänglich auch Großlokomotiven im Auftrag der Königlich-Preußischen Staatseisenbahn in Einzelfertigung gebaut wurden, spezialisierte sich »Orenstein & Koppel« auf die Serienproduktion von Kleinlokomotiven, die weltweit ihre Abnehmer fanden. Im Vergleich zu den anderen Industriebetrieben in Nowawes, besonders den Betrieben der Textil- und Leichtindustrie, bekamen die Arbeiter bei »Orenstein & Koppel« verhältnismäßig hohe Löhne und sie nahmen eine herausgehobene Position unter der Arbeiterschaft von Nowawes und dem benachbarten Potsdam ein.⁸

In unmittelbarer Nachbarschaft der Lokomotivfabrik, sozusagen gegenüber, siedelte sich ab 1911 eine ganz neue Industrie an. Auf dem Areal einer ehemaligen Kunstblumenfabrik, die sich im Grenzgebiet zwischen Nowawes und Neubabelsberg befand, entstanden die ersten Ateliers für Filmproduktionen. Kaum ein Jahrzehnt später hatte sich das Gelände zu einer regelrechten Filmstadt gemausert. Dort schlug das Herz der Filmindustrie der Weimarer Republik, des Dritten Reiches und dann auch der SBZ/DDR: Der »Drehort Babelsberg« erlangte Weltberühmtheit.

Die Nationalsozialisten vereinigten 1938 die Gemeinde Neubabelsberg mit ihren Villen der besseren Gesellschaft schließlich mit der Industriestadt Nowawes zu Babelsberg. Dahinter steckte auch die Absicht, die Assoziation von Arbeiterstadt und organisierter Arbeiterbewegung zu löschen. Ein Jahr später wurde Babelsberg ein Stadtteil von Potsdam – Potsdam-Babelsberg.⁹ Damit wurde Potsdam nun auch offiziell nicht nur eine Residenz-, Militär- und Beamtenstadt, sondern auch eine Industrie- und Arbeiterstadt.

Die hohe Konzentration von Arbeitern vor den Toren Potsdams hatte bereits im 19. Jahrhundert die Folge, dass in Potsdam und Umgebung schon früh Arbeitergeschichte geschrieben wurde. Das am 21. Oktober 1878 in Kraft tretende »Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie« (»Sozialistengesetz«) bewirkte wie andernorts auch, dass sich in Potsdam und Nowawes-Neuendorf unter den Bedingungen der Illegalität eine starke sozialdemokratische Bewegung herausbildete. Nach dem Fall des Sozialistengesetzes und der Neugründung der SAPD als Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) im Jahre 1890 entwickelten sich Potsdam und Nowawes bis zum Ersten Weltkrieg zu einer Hochburg

der deutschen Sozialdemokratie. Besonders deutlich wurde das bei den Reichstagswahlen von 1912, als die SPD im so genannten Potsdamer »Kaiser-Wahlkreis« Karl Liebknecht als Wahlkandidaten aufstellte. Als sich Liebknecht in der Stichwahl schließlich gegen die »Kaisertreuen« im »vornehmsten« Wahlkreis des Reiches durchsetzte, erklärte er in einem Interview, »dass die sozialistische Organisation in meinem Wahlkreis vielleicht die beste im ganzen Reich ist.«¹⁰

Das politische Leben spielte sich jedoch in den Fabriken von Nowawes und Potsdam in unterschiedlicher Weise ab. Von der Firma »Orenstein & Koppel« ist beispielsweise überliefert, dass die politische Arbeit außerhalb der Arbeitszeit und maßgeblich auf der Ebene der Wohngebiete stattfand. Wer sich an Demonstrationen zum 1. Mai beteiligte, musste mit Aussperungen rechnen. Vor dem Ersten Weltkrieg gab es in der Lokomotivfabrik kaum Streiks und wenn einer wie im Jahre 1910 stattfand, dann hatte der Protest keinen Erfolg. Zu berücksichtigen ist hierbei das soziale System in einem der größten Betriebe der Region, welches von der Unternehmensführung großzügig unterstützt wurde. Neben gewerkschaftlichen Unterstützungskassen und einem von der Unternehmensleitung mitgetragenen Unterstützungsfonds für unverschuldet in Not geratene Arbeiter und Angestellte, gab es – wie schon erwähnt – zudem eine attraktive Bezahlung. Seit 1912 kam auch eine Pausenversorgung durch eine Kantine mit Speisesaal hinzu und ab 1913 erhielten Arbeiter darüber hinaus, wenn sie seit Gründung der Fabrik dort beschäftigt gewesen waren, sechs Tage Urlaub im Jahr. Eine große Rolle für das politische Verhalten der Arbeiterschaft in der Fabrik spielte außerdem, dass »Orenstein & Koppel« eine eigene Facharbeiterausbildung aufbaute und sich so einen festen und treuen Mitarbeiterstamm schuf. Demgegenüber dürften vor dem Ersten Weltkrieg die politischen Aktivitäten der Beschäftigten in den von Krisen viel schwerer betroffenen Betrieben der Textil-, Tabak- und Leichtindustrie von Nowawes deutlich größer gewesen sein.

Der Erste Weltkrieg erschütterte auch in Potsdam und Nowawes die Parteiorganisation der SPD fundamental. Es kam zu Flügelkämpfen zwischen rechten und linken Sozialdemokraten. Die Spaltung der SPD zeichnete sich ab, die sich mit der Gründung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (USPD) im April 1917 und der Gründung der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) zum Jahreswechsel 1918/19 endgültig vollzog. In Potsdam wechselten mehr als die Hälfte der SPD-Mitglieder auf die Positionen der linken USPD. In Nowawes waren es noch mehr. Deutlich sichtbar wurde die Abwanderung bei den Wahlen zum ersten Parlament der Weimarer Republik: Während in Potsdam 22,5 Prozent für die

SPD und 11,3 Prozent für die Kandidaten der USPD stimmten, waren es in Nowawes 30,4 Prozent für die SPD und 38,0 Prozent für die USPD. Wie viele SPD-Mitglieder zu der am 3. Januar 1919 entstandenen Ortsgruppe der KPD abwanderten, ist nicht überliefert.¹¹

Der Krieg sowie die politische und wirtschaftliche Nachkriegskrise polarisierten wie überall in Deutschland auch die Arbeiterschaft in Potsdam und Nowawes. Die politischen Auseinandersetzungen, die bewaffneten Kämpfe von 1919 und 1920 sowie die Inflation beeinträchtigten das Alltagsleben in der Potsdamer Region nachhaltig. Doch auch hier ist festzuhalten, dass es der Firma »Orenstein & Koppel« nach 1918 sehr schnell gelang, den sozialen Arbeitsfrieden – trotz der wirren Nachkriegsjahre – zu sichern. Die Lokomotivfabrik bewahrte sich damit im Vergleich zu anderen Fabriken in Nowawes eine anhaltende Attraktivität: Die während des Krieges ausgesetzte Urlaubsregelung wurde wieder eingeführt. Es kam zur Reform der Krankenversicherung, zur Anpassung der Tarifgrundlöhne an die veränderten gesellschaftlichen Bedingungen, zum Werkwohnungsbau und zur Verpachtung von Kleingartenparzellen an Betriebsangehörige. Wegen dieser sozialen Angebote verhielt sich die Belegschaft der Lokomotivfabrik hinsichtlich der betrieblichen Belange bis zur großen Weltwirtschaftskrise loyal. Möglich wurde diese Sonderrolle der Lokomotivfirma in Nowawes aber auch deshalb, weil sich die wirtschaftliche Situation des Unternehmens durch den Osthandel mit der Sowjetunion in den zwanziger Jahren günstig gestaltete.

Doch die Weltwirtschaftskrise erfasste schließlich auch »Orenstein & Koppel«: Es kam zur Kürzung der Tariflöhne, zu Entlassungen und zur Kurzarbeit. Nun streikten auch die Arbeiter der Lokomotivfabrik – allerdings erfolglos. Mit der Weltwirtschaftskrise spitzten sich die politischen Auseinandersetzungen in Nowawes dramatisch zu: Saalschlachten und Straßenkämpfe zwischen »Braunen« und »Roten« oder »Nazis« und »Sozis« standen auf der Tagesordnung. Kommunisten und Sozialdemokraten fanden nicht zueinander und bekämpften sich ebenfalls, was nach 1945 zeitweilig wieder eine Rolle spielen sollte. Die NSDAP fasste vor Ort zunächst nur langsam Fuß. Betrug ihr Stimmenanteil bei den Reichstagswahlen 1928 noch nicht einmal 1 Prozent, so schnellte er zwei Jahre später auf mehr als 11 Prozent, um sich 1931 auf fast 30 Prozent zu erhöhen. Nach dem Machtantritt der Nazis, am 5. März 1933, stimmten schließlich 33,3 Prozent der Bevölkerung von Nowawes für die NSDAP. Die nachfolgende, rüstungsbedingte wirtschaftliche Stabilisierung brachte die Rückkehr des sozialen Arbeitsfriedens. Die Nazis hatten die Lage insgesamt weitgehend im Griff und verzichteten auf groß angelegte Säuberungsaktionen unter der Arbei-

terschaft. Sozialdemokraten und Kommunisten beschränkten sich bei ihren politischen Aktivitäten auf illegale Treffs mit persönlich bekannten »Ehemaligen« an den Arbeitsplätzen und außerhalb der Betriebe. Bei »Orenstein & Koppel« war die NSDAP besonders bei der Mitgliederwerbung und beim Aufbau einer Betriebszelle aktiv, die bei Ende des Krieges 140 NSDAP-Mitglieder (Stand 1944) zählte.¹²

Im Zuge der »Arisierung« wurden auch die jüdischen Eigentümer von »Orenstein & Koppel« enteignet und das Unternehmen 1940 in »Maschinenbau und Bahnbedarf AG, vormals Orenstein & Koppel« umbenannt. Die Beschäftigten bzw. insbesondere die leitenden Angestellten indes blieben den ins Ausland emigrierten Besitzern des Werkes verbunden, was in der Zeit nach 1945 bedeutsam wurde.

Vor dem Ausbruch des Krieges arbeiteten im Babelsberger Lokomotivwerk rund 1500 Personen (Stand 1938). Mehr als 80 Prozent der Beschäftigten des Betriebes waren Arbeiter. Der Anteil der Frauen betrug kaum mehr als 1 Prozent. Mit dem Ausbruch des Krieges vollzog sich ein tiefer Einschnitt in der Beschäftigtenstruktur des Betriebes. Mehr als 30 Prozent der Stammebelegschaft wurden zum Kriegsdienst einberufen. Als Ersatz stellte man vermehrt Frauen und Mädchen ein; später folgten ausländische Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene. Die Belegschaft wuchs während des Krieges auf insgesamt 3500 Beschäftigte. Davon waren fast die Hälfte Arbeiterinnen und Arbeiter aus der Sowjetunion, aus Frankreich, Holland, Italien, Belgien und Jugoslawien. Am Ende des Krieges waren von der alten Belegschaft nur wenige übrig geblieben. Als schon am 5. Mai 1945 auf sowjetischen Befehl mit der Demontage der Werksanlagen begonnen wurde, meldeten sich im Betrieb 44 Männer und Frauen. Ende des Jahres 1945 zählte man 454 Beschäftigte (Stand 31.12.1945).

In den ersten Nachkriegsmonaten traten sehr bald die alten Konflikte zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten wieder hervor. Die Probleme und Konflikte aus der Zeit der Weimarer Republik waren nicht vergessen. Ernste Meinungsverschiedenheiten gab es, als die Vereinigung von KPD und SPD auf der Tagesordnung stand. Auf einer hierzu extra einberufenen Mitgliederversammlung bei »Orenstein & Koppel« am 10. Januar 1946 wurde sowohl von den Kommunisten als auch von den Sozialdemokraten des Betriebes kein Handlungsbedarf für ein solches Zusammengehen gesehen. Beide Seiten erinnerten sich an die schlechten Erfahrungen aus der Vergangenheit und argumentierten gegen eine gemeinsame Organisation. Die Sozialdemokraten sprachen sich außerdem vor allem gegen das vorgeschlagene Prinzip der paritätischen Leitungszusammensetzung aus, da sie sich im Betrieb viel zahlreicher vertreten wussten. Dieses Ver-

Arbeiter im Babelsberger Lokomotivwerk

hältnis traf gleichermaßen auf ganz Potsdam zu: Im Juni 1945 gab es in Potsdam 700 Mitglieder der KPD, davon waren rund 85 Prozent in Potsdam-Babelsberg organisiert. Einen Monat später war die Mitgliederzahl in der gesamten Stadt auf 790 KPD-Genossen angewachsen. Von diesen 790 Kommunisten gehörten rund 40 Prozent schon vor 1933 zur KPD. Am Ende des Jahres 1945 hatte die KPD 1 624 Mitglieder in Potsdam. Demgegenüber verfügte die Ortsgruppe der SPD in Potsdam im Dezember 1945 über 2514 Mitglieder.¹³

Nachdem sich KPD und SPD im April 1946 offiziell zur SED vereinigt hatten, wurde schließlich auch bei »Orenstein & Koppel« Druck von »oben« ausgeübt. Am 20. Mai 1946 gaben beide Seiten im Betrieb nach und gründeten eine Betriebsgruppe der SED. Doch die politischen Befindlichkeiten traten im Betrieb in dem Augenblick traditionsgemäß in den Hintergrund, als von der sowjetischen Besatzungsmacht die Produktion von Lokomotiven für die Sowjetunion befohlen wurde. Der Betrieb wurde hierfür auf sowjetische Anordnung hin mit Werkzeugmaschinen und Ausrüstungen aus den verschiedensten Betrieben des Landes Brandenburg versorgt. Die 1945 von sowjetischen Demontagekolonnen leer geräumten Fabrikhallen waren bis Mitte 1948 wieder mit mehr als 200 Werkzeugmaschinen ausgestattet. Darüber hinaus erhielten die Beschäftigten des Betriebes auf Weisung der SMAD eine Zusatzverpflegung und der Betriebsrat knüpfte mit einer Reihe von sozialen Regelungen an die alten Traditionen des Unternehmens aus der Zeit vor 1939 an. Die Beschäftigtenzahl hatte sich zudem bis Dezember 1947 wieder auf knapp 1300 Arbeiter und Angestellte erhöht.

Mit dem Befehl Nummer 64 der SMA Brandenburg wurde am 17. April 1948 die Enteignung der Lokomotivfabrik »Orenstein & Koppel AG« befohlen. Am 15. Juli 1948 bestätigte die Landesregierung Brandenburg diesen Akt mit einer Enteignungsurkunde. Schon am 19. März 1948 wurde in einem Rundschreiben des Betriebes mitgeteilt: Das anlässlich der Hundertjahrfeier (März-Revolution 1848/49 und Kommunistisches Manifest) der Firmennamen in »Lokomotivfabrik Karl Marx Babelsberg« geändert wird. Zu diesem Zeitpunkt setzte sich die Betriebsleitung noch aus einer Reihe alter »Orenstein & Koppel«-Gefolgsleute zusammen. Der Direktor des Betriebes, der Kaufmännische Leiter, der Technologische Leiter, der Chefkonstrukteur und der Oberbuchhalter versuchten das alte Unternehmen »Orenstein & Koppel« zu erhalten. Solange die von der sowjetischen Besatzungsmacht geforderten Produktionsleistungen erbracht wurden und jeder Fachmann dringend nötig war, hatten diese Kräfte im Werk – trotz SED, Enteignung und Übernahme in das Volkseigentum – wenig zu befürchten und behielten auch das Sagen. Die SED hielt zwar die Stelle des Personal-

Enteignungsurkunde der Firma »Orenstein & Koppel AG«

leiters besetzt und versuchte gezielt Schlüsselpositionen mit SED-Leuten zu besetzen, aber für primär technische Aufgaben standen keine Politikader zur Verfügung. Im März 1949 gab jedoch der Direktor des Betriebes auf, da die Möglichkeiten für den Erhalt des Unternehmens im Sinne der Unternehmensgruppe »Orenstein & Koppel« nicht mehr gegeben waren. Er wechselte in ein im Westen angesiedeltes Unternehmen von »Orenstein & Koppel«. Weitere leitende Mitarbeiter und auch bewährte Fachkräfte aus der alten Stammbesellschaft folgten ihm. Damit schrumpfte der Anteil der vor 1939 im Betrieb beschäftigten Arbeiter und Angestellten noch weiter. Wie wenige Beschäftigte der alten Stammbesellschaft im »Karl-Marx-Werk« noch verblieben waren, wird andeutungsweise durch die Zahl derjenigen Mitarbeiter erkennbar, die zwischen 1954 und 1987 ihre 50-jährige bzw. 60-jährige Betriebszugehörigkeit feiern konnten: Es waren insgesamt 39 Arbeiter und Angestellte, die zwischen 1900 und 1937 bei »Orenstein & Koppel« angefangen hatten.¹⁴ Als es im Juni 1953 zu Protesten im Werk kam, gingen die Aktivitäten aus von Arbeiterinnen und Arbeitern einer viel jüngeren Generation der Geburtsjahrgänge zwischen 1923 und 1935. Sozialdemokratische Traditionen spielten hierbei keine oder kaum eine Rolle. Vielmehr hatte die alte Firmendisziplin von »Orenstein & Koppel« weiterhin große Bedeutung: Lokomotiven hatten den Vorrang.

Trotzdem bleibt die Frage, was aus den Sozialdemokraten von 1945/46 geworden ist, die sich gegen eine Vereinnahmung durch die KPD zur Wehr gesetzt hatten. Tatsache ist, dass damals angesichts der Schreckensherrschaft der Nationalsozialisten und des verheerenden Krieges das Argument große Bedeutung hatte, dass diese Katastrophe nur aufgrund der »unseligen Spaltung der Arbeiterklasse« vor 1933 geschehen konnte. Dieser Argumentation beugten sich viele Sozialdemokraten in der Lokomotivfabrik. Einen großen Einfluss hatte zudem die innerparteiliche Kontrolle der SED nach 1946. Besonders die ab 1948 unverhüllt geführte Kampagne gegen den »Sozialdemokratismus« und die damit einhergehenden Schauprozesse lähmten viele Sozialdemokraten. Neben der Kontrolle innerhalb der Partei hatten sie außerdem den Umgang der SED mit anderen politischen Kräften wie beispielsweise der CDU vor Augen. Der politische Mord am Potsdamer Bürgermeister Erwin Köhler, der mit seiner Frau vom sowjetischen Geheimdienst 1951 in Moskau hingerichtet wurde, verdeutlicht exemplarisch, wie mit massiven Drohungen, Bespitzelung und Denunziationen politisch Andersdenkende ausgeschaltet wurden.¹⁵

Der 18. Juni 1953 in Potsdam¹⁶

Am Morgen des 18. Juni 1953 erschien die Belegschaft wie gewohnt zur Arbeit im Karl-Marx-Werk. Gegen 8.00 Uhr kam jedoch Bewegung in den Betrieb. Es formierte sich ein Demonstrationszug, der durch das Werk zog und die noch abwartenden Arbeiter unter anderem mit der Losung »Willst Du ein guter Deutscher sein, dann reih Dich bei uns ein« zur Arbeitsniederlegung aufforderte. Von den insgesamt rund 1800 Beschäftigten folgten 1500 der Aufforderung und man versammelte sich vor dem Gebäude der Parteiorganisation des Werkes. Die Versammelten wollten vor allem von der Werkleitung Rechenschaft und Stellungnahme wegen der Verhängung des Ausnahmezustandes. Es wurde die Absetzung der Regierung gefordert und gefragt, wo Wilhelm Pieck sei. Währenddessen hat man in der Parteileitung des Betriebes hitzig darüber diskutiert, wie auf die entstandene Situation reagiert werden sollte. Der Werkleiter lehnte Verhandlungen mit dem Hinweis auf den Ausnahmezustand kategorisch ab. Doch ein Demonstrationszug der Arbeiter in die Stadt oder gar durch die Westsektoren nach Ost-Berlin – wie schon am Abend des 17. Juni 1953 angekündigt – kam nicht zustande. So erschien auf der Bildfläche unter anderem ein prominenter Vertreter des ZK der SED aus Ost-Berlin – Erich Honecker. Glaubt man den Stimmungs- und Lageberichten, so hatte Honecker einen großen Anteil an der Beruhigung der Arbeiter. In einem Stimmungsbericht eines Mitarbeiters der Staatssicherheit vom 18. Juni 1953 wurde über das Auftreten Honeckers vermerkt:

»Erst mit dem Erscheinen des Mitgliedes des Zentralkomitees der SED, Erich Honecker, konnte eine Klärung der Diskussion erzielt werden. Der Genosse Honecker schlug vor, aus allen Schwerpunkt-Abteilungen je 2 Arbeiter als Delegation zu empfangen, um mit ihnen über die strittigen Fragen zu diskutieren. Dabei war auffallend, dass bei dieser Diskussion, bzw. Aussprache der Parteisekretär eine untergeordnete Rolle spielte, wogegen der Werkleiter sich durch seine politische und fachliche Stärke auszeichnete. Mit Ausnahme eines Arbeiters der Delegation stellten die anderen Delegationsmitglieder rein betriebliche Fragen, wie: richtige Materialzuteilung, Normenangleichung und Lohnregelung. Dabei wurde von allen betont, dass sie gewillt sind, die Arbeit sofort wieder aufzunehmen. Der die Ausnahme bildende Arbeiter der Delegation stellte die politische Forderung, die indirekt die Bestrafung der Regierung ausdrückte. Hierauf ergriff der Genosse Honecker das Wort und schilderte die Situation in Berlin mit konkreten Beispielen, die der Delegation klarmachten, dass die verbrecherischen Ausschreitungen in Berlin nichts mehr mit einem einfachen Streik

der Arbeiterschaft zu tun haben. An diesen Ausführungen anknüpfend bewies der Werkleiter die Notwendigkeit der Verhängung des Ausnahmezustandes für den Bezirk Potsdam und lokalisierte damit die Diskussion auf rein betriebliche Fragen des Karl-Marx-Werkes.«¹⁷

Gegen 10.30 Uhr erschien schließlich der sowjetische Stadtkommandant von Potsdam im Betrieb und erklärte unmissverständlich, dass man im Betrieb innerhalb einer Viertelstunde wieder die Arbeit aufzunehmen hatte. Seinen »Wunsch« unterstrich er vor allem dadurch, dass er vor dem Werktor sowjetische Panzer auffahren ließ.

Die Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei Potsdam berichtete über die Schlüsselfunktion des Werkes für die Stadt und die Wirkung des Auftretens des sowjetischen Stadtkommandanten wenige Tage später wie folgt:

»Ein weiterer Schwerpunkt entwickelte sich im Karl Marx Werk Potsdam, wo die Rädelsführer versuchten, die Werkstätigen zu einer Demonstration zu veranlassen. Die Auswirkung einer solchen Demonstration hätte zur Folge gehabt, dass sich ein grosser Teil anderer Betriebe angeschlossen hätte, was darin zum Ausdruck kam, dass die anderen Potsdamer Grossbetriebe durch Delegationen die Haltung der Arbeiter des Karl Marx Werkes erforschen liessen. Von den Delegationen, die zum Karl Marx Werk entsandt wurden, wurde zum Ausdruck gebracht, dass, wenn die Werkstätigen dieses Betriebes die Arbeit niederlegen, sich die anderen Betriebe ebenfalls anschliessen würden. Durch den Einsatz von VP-Kräften wurde das Werk geschlossen, um eine Demonstration in das Stadtgebiet zu verhindern. Ein sowjetischer General, der zu den Arbeitern sprach, bewirkte, dass die Arbeit wieder aufgenommen wurde.«¹⁸

Im Bericht wurde auf die Anwesenheit Honeckers im Betrieb nicht eingegangen, und es wurde auch mit keiner Silbe erwähnt, dass sich bei der kurzen Ansprache des Generals sowjetische Panzer in Sichtweite postiert hatten.

Die Demonstration löste sich auf. Zurück blieben 150 überwiegend jüngere Arbeiterinnen und Arbeiter, die in verschiedenen Gruppen weiter diskutierten. Gegen 12 Uhr war im Werk Ruhe eingekehrt und die meisten Beschäftigten arbeiteten wieder. Auch die Nachmittagschicht nahm die Arbeit mit einer Ausnahme ohne Verzögerung auf. Delegationen der benachbarten Babelsberger Filmstudios und des Raw erschienen im Werk und erkundigten sich nach dem Stand der Dinge. Wieder war es Honecker, der mit den Delegationen offensiv diskutierte. Nach der Rückkehr der Delegationen in ihre Betriebe wurde auch dort wieder die Arbeit aufgenommen.¹⁹

Für die Arbeiter und Angestellten im Karl-Marx-Werk war in den Monaten vor dem 17. Juni 1953 ausschlaggebend, dass die von der SED geforderten höheren Arbeitsleistungen aufgrund einer schlechten bzw. stockenden Zulieferung – selbst bei bestem Willen – nicht möglich gewesen waren. Die Lohneinbußen bei der unverschuldeten Nichterfüllung des Planes hatten die Gemüter aufs Äußerste erregt. Und so spielte dieses Thema bei den Diskussionen am 17. und 18. Juni 1953 naturgemäß eine zentrale Rolle. Der Werkleitung gelang es angesichts der sowjetischen Drohkulisse die Unzufriedenheit auf die Lösung der betrieblichen Belange zu kanalisieren und die Arbeitsdisziplin erfolgreich einzufordern.

Ein Verhörprotokoll als Resümee

In den darauf folgenden Tagen verhaftete die Staatssicherheit die so genannten »Rädelsführer« aus dem Karl-Marx-Werk. Die Verhafteten waren zwischen 20 und 30 Jahre alt. Alle hatten spontan reagiert und keineswegs im Auftrag irgendeiner Macht gehandelt. Einige von ihnen hatten persönliche Probleme mit einzelnen leitenden SED-Funktionären bzw. Angestellten des Betriebes. Sie nutzten die Situation, um diese mit ihren Forderungen und Argumenten herauszufordern. Was man ihnen vorwarf (Boykott-hetze, Aufwiegelung usw.) entbehrte jeder Grundlage und verdeutlicht, mit welcher Härte die SED-Führung nach dem 17. Juni 1953 reagierte. Im Folgenden ein Verhörprotokoll eines als »Rädelsführer« beschuldigten Arbeiters aus dem Karl-Marx-Werk vom 23. Juni 1953.²⁰

Potsdam, den 23.6.1953

Beginn der Vernehmung: 15.00 Uhr

Ende der Vernehmung: 19.05 Uhr

Vernehmungsprotokoll des Beschäftigten (...)
geb. am (...) 1930 in (...)
ohne erlernten Beruf jetzt: Elektroschweißer
wh.: Potsdam, (...)

Frage: Was war der Anstoß zu der am 17.6.1953 stattgefundenen Versammlung im großen Klubraum des Karl-Marx-Werkes?

Antwort: Ich kenne den Grund nicht warum die Arbeiter in den großen Klubraum kamen. Als erste Abteilung kamen zu dieser Versammlung die Kollegen vom Drehgestellbau.

Frage: War diese Versammlung von der Betriebsleitung oder BGL einberufen worden oder wie ist sie zustande gekommen?

Antwort: Wie ich weiß ist sie von der Betriebsleitung oder BGL nicht organisiert worden.

Frage: Waren alle Kollegen des Werkes anwesend?

Antwort: Ich nehme an, daß fast alle Werksangehörigen dort anwesend waren.

Frage: Durch welche provokatorischen Zwischenrufe störten sie die Versammlung?

Antwort: Ein Kollege der Kesselschmiede sprach zur Diskussion und beschuldigte den (...) ehemaligen Brigadier in der Kesselschmiede oder Lokmontage (...), daß dieser Kollege der Betriebsleitung mitgeteilt hat, daß die Brigade ihre Norm um 10 % erhöht ohne das er vorher mit den Mitgliedern der Brigade gesprochen hat. Ich habe daraufhin mehrmals »pfui« gerufen. Außerdem habe ich mich einmal zur Diskussion gemeldet. Der Werkleiter hatte davon gesprochen, daß man im Kabelwerk Oberspree versucht hat Ruhe und Ordnung wiederherzustellen. Darauf rief (...) »aber nicht mit Panzer«. Der Werkleiter sagte darauf »Wir müssen unser Augenmerk auf den Kollegen richten, es ist ja möglich, daß er bewußt stört.« Ich meldete mich zum Wort und sagte: »Kollege Werkleiter (...), kann man einem Kollegen vorwerfen, daß er bewußt gestört hat.«

Frage: Was wollten sie durch ihre Zwischenrufe »pfui« ausdrücken und erreichen.

Antwort: Ich wollte mein Mißfallen zu der Handlungsweise des Kollegen (...) ausdrücken und erreichen, daß solche Fälle nicht noch einmal vorkommen.

Frage: Dem Untersuchungsorgan ist bekannt, daß sie über Redefreiheit in der DDR gesprochen haben. Schildern sie wie es zu ihren Äußerungen kam.

Antwort: Am 18.6.1953 habe ich in der Versammlung im Waschraum des Drehgestellbaus an den Kollegen (...) die Frage gestellt, ob wir Redefreiheit in der DDR haben. (...) antwortete mir: Jawohl, die haben wir, aber nicht für solche die Boykotthetze gegen die DDR betreiben.

Frage: Schildern sie wie sie dazu gekommen sind die 4 angeblichen Forderungen der Stalinallee zu verbreiten?

Antwort: Ich habe diese Forderungen das erste Mal gehört, als sie ein Kollege vom Drehgestellbau in der Versammlung am 17.6.1953 zur Diskussion verkündete. Personenbeschreibung dieses Kollegen: ca. 1,75 groß, unternetzte Figur, rundliches Gesicht. – Ich selbst habe nie diese Forderung weiterverbreitet.

Frage: Welche Personen sind ihnen bekannt die eine antidemokratische Tätigkeit ausüben.

Antwort: Mir sind keine Personen bekannt die eine antidemokratische Tätigkeit ausüben.

Frage: Hören sie den Hetzsender Rias?

Antwort: Ich höre nur Musiksendungen des Hetzsenders Rias. Früher habe ich allerdings auch die Nachrichten gehört, bis mir die Hetze zuviel wurde.

Das Protokoll habe ich selbst gelesen. Der Inhalt des Vernehmungsprotokolls entspricht in allen seinen Zeilen den von mir gemachten Aussagen. Meine Worte sind richtig wiedergegeben dies bestätige ich durch meine Unterschrift.

(...)

-
- 1 Undatierter Stimmungsbericht (wahrscheinlich 18.6.1953): Die Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der DDR (BStU), Ast Potsdam, AS 1/53, Band II, Blatt 82.
 - 2 Analyse der Stadtbezirksleitung Potsdam III, SED-Kreisleitung Potsdam-Babelsberg, 10.7.1953: Brandenburgisches Landeshauptarchiv (BLHA), Rep. 531, Signatur 303.
 - 3 Die Angaben über die Ereignisse in Potsdam folgen der Aktenüberlieferung der Staatssicherheit und der BDVP: BStU, Ast Potsdam, AS 1/53, Band I-V; BLHA, Rep. 404/15, Signatur 33, Blatt 338–363.
 - 4 Vgl. hierzu zuletzt im Überblick Volker Koop: Der 17. Juni 1953. Legende und Wirklichkeit. Berlin 2003, S. 163–174; sowie »www.17juni53.de«.
 - 5 Koop, Der 17. Juni, 1953, S. 167–169.
 - 6 Der Verfasser bedankt sich bei Hans Gallinat, der ihm freundlicherweise das Manuskript seiner Unternehmensgeschichte über Orenstein & Koppel/Karl-Marx-Werk zur Verfügung gestellt hat. Die im folgenden Text dargestellten Zusammenhänge

- und verwendeten Daten über den Betrieb stammen aus Hans Gallinat: Geschichte des VEB Maschinenbau »Karl-Marx« Potsdam-Babelsberg. Potsdam 1994 (unveröffentlichtes Manuskript).
- 7 Neuendorf-Nowawes-Babelsberg, Stationen eines Stadtteils. Hrsg. vom Förderkreis Böhmisches Dorf Nowawes und Neuendorf e.V. Horb am Neckar 2000, S. 51–88; Manfred Uhlemann/Otto Rückert (Hrsg.): Potsdam. Geschichte der Stadt in Wort und Bild. Berlin 1986, S. 66–67.
 - 8 Neuendorf-Nowawes-Babelsberg, S. 60–61.
 - 9 Ebenda, S. 52–121.
 - 10 Zitiert nach Uhlemann, Potsdam, S. 98.
 - 11 Ebenda, S. 105–111; Neuendorf-Nowawes-Babelsberg, S. 66–67.
 - 12 Ebenda, S. 80.
 - 13 Potsdam und das Jahr 1945. Hrsg. vom Potsdam-Museum. Potsdam 1995, S. 15; Uhlemann, Potsdam, S. 146.
 - 14 Unsere Karl-Marx-Werker im 25. Jahr der Republik. Notizen aus dem Alltag. Potsdam 1974, S. 4–10.
 - 15 Thomas Klein: »Für die Einheit und Reinheit der Partei«. Die innerparteilichen Kontrollorgane der SED in der Ära Ulbricht. Köln/Weimar/Wien 2002, S. 112–115; Jürgen Köhler: Mein Vater war schlohweiß. Rekonstruktion eines politischen Mordes. In: Sigrid Grabner/Hendrik Röder/Thomas Wernicke (Hrsg.): Potsdam 1945–1989. Zwischen Anpassung und Aufbegehren. Potsdam 1999, S. 21–27.
 - 16 Vgl. zu den Angaben über die Abläufe die Anmerkung 3.
 - 17 Stimmungsbericht aus dem Karl-Marx-Werk, 18.6.1953: BStU, Ast Potsdam, AS 1/53, Band III, Blatt 16–17.
 - 18 Bericht über die Auswertung des volkspolizeilichen Einsatzes zur Niederschlagung der faschistischen Provokation seit dem 16. Juni 1953, 28.6.1953: BLHA, Rep. 404/15, Signatur 33, Blatt 9.
 - 19 Stimmungsbericht aus dem Karl-Marx-Werk, 18.6.1953: BStU, Ast Potsdam, AS 1/53, Band III, Blatt 17–19.
 - 20 Verhörprotokoll vom 23.6.1953: BStU, Ast Potsdam, AU 302/53, Band 1, Blatt 182–184. Fehler im Original wurden bei der Transkription nicht berichtigt.

Ulrich Mählert (Hg.)

Der 17. Juni 1953

Ein Aufstand für Einheit, Recht und Freiheit



Bibliografische Information Der Deutschen Bibliothek
Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen
Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet
über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

ISBN 3-8012-4133-5

Copyright © 2003 by
Verlag J.H.W.Dietz Nachf. GmbH
Dreizehnmorgenweg 24, D-53175 Bonn
Satz: Petra Strauch, Bonn
Lektorat: Günter Hertel

Umschlaggestaltung: Daniela Müller, Bonn, unter Verwendung eines Fotos aus dem
Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung
Druck und Verarbeitung: WB-Druck, Rieden
Alle Rechte vorbehalten
Printed in Germany 2003

Inhalt

- 7 **Einleitung: Dimensionen eines Aufstandes**
Ulrich Mählert

I Der Aufstand in den Regionen

- 36 **Berlin: Die Stalinallee – Vom Symbol des sozialistischen Aufbaus zum Zentrum des Arbeiterprotests**
Stefan Wolle
- 57 **Potsdam: Im Schatten der Hauptstadt?**
Traditionen, Brüche und Konflikte
Burghard Ciesla
- 77 **Leipzig und Görlitz: Die SED-Macht zeigt sich hilflos**
Heidi Roth
- 109 **Jena: Die Zeiss-Arbeiter proben den Aufstand**
Heinz Voigt
- 133 **Bezirk Halle: Aufruhr im »blutroten Herzen Deutschlands«**
Udo Grashoff
- 157 **Rostock: Erhebung an der Küste**
Klaus Schwabe

II Menschen machen Geschichte

- 174 **Fallstudien zum sozialdemokratischen Widerstand in der SBZ/DDR**
Friedhelm Boll
- 199 **Richard Haider – Ein Leipziger Sozialdemokrat**
Zusammengestellt von Heidi Roth

- 205 **Stefan Weingärtner – Ein jugendlicher »Provokateur«**
Zusammengestellt von Heidi Roth
- 209 **Walter Scheler – Die Courage des Augenblicks**
Zusammengestellt von Heinz Voigt
- 215 **Paul Othma – Ein Streikführer in Bitterfeld**
Zusammengestellt von Udo Grashoff
- 219 **Robert Dahlem – Wider die eigene Partei**
Zusammengestellt von Klaus Schwabe
- 225 **»Der 16. Juni 1953 bleibt mir unvergesslich« –
Ein Augenzeugenbericht**
Peter Bruhn

III Geschichtsbewusstsein und Geschichtspolitik

- 252 **Die »Verarbeitung« des 17. Juni 1953 in der DDR
und der Bundesrepublik**
Bernd Faulenbach
- 273 **Weiterführende Literatur**
- 277 **Bildnachweis**
- 278 **Über die Autoren**